NACHRICHTEN AG

Tegel-Drama: Flüchtlingslager kostet 500 Millionen, Zustände erschreckend!

Europas größtes Flüchtlingslager in Berlin: hohe Kosten, schlechte Bedingungen, Sicherheitsprobleme, politische Debatte.

Berlin – Im ehemaligen Flughafen Tegel hat sich ein bemerkenswertes Flüchtlings- und Migrantenlager etabliert. Was jedoch als Notlösung gedacht war, hat sich zu einem kontroversen und problematischen Großprojekt entwickelt. Rund 5000 Menschen leben dort derzeit in Leichtbauhallen, die von oben wie Zelte aussehen. Diese Zahl soll auf 8000 anwachsen, und die Kosten belaufen sich auf bis zu 500 Millionen Euro pro Jahr. Das sind bis zu 250 Euro täglich pro Person, was den Preis für einen Aufenthalt in einem Luxus-Hotel übertrifft.

Laut dem Grünen-Politiker Jian Omar (39), der als migrationspolitischer Sprecher tätig ist, ist die Situation eine „Geldverbrennungsmaschine“. Er beschreibt die Lebensbedingungen als äußerst misslich: 12-Quadratmeter-Räume, die nach oben offen sind und von 14 Menschen geteilt werden müssen, darunter Männer, Frauen und Kinder. Die sanitären Anlagen sind verdreckt, im Sommer ist es zu heiß, im Winter klirrend kalt, und es gibt keine Privatsphäre.

Die hohen Kosten und der Katastrophenschutz

Im Jahr 2020 hob der letzte Flieger vom Flughafen Tegel ab. Anschließend wurde der Ort zu einem Corona-Impfzentrum umgebaut. Mit dem Beginn des Ukraine-Kriegs wurden Flüchtlinge und Migranten dort untergebracht. Vier Fünftel der Bewohner sind Ukrainer, der Rest stammt aus Ländern wie Irak, Afghanistan und Syrien.

Die gesamten Kosten tragen die Steuerzahler. Das Lager wird vom Deutschen Roten Kreuz im Auftrag des Landesamts für Flüchtlingsangelegenheiten (LAS) betrieben. Viele des Personals stehen nach Omars Beobachtungen oft nur nutzlos herum. Die Sicherheit wird ebenfalls stark kritisiert. Laut einem **Bericht des „Spiegel“** werden für jeden Sicherheitsmann intern 24.000 Euro pro Jahr veranschlagt, aber letztlich 155.000 Euro bezahlt.

Omar nennt dies eine „Hintertür-Finanzierung“, insbesondere da die landeseigene Messe Berlin eine Provision von 15 Prozent für jede angestellte Sicherheitskraft erhält. Ohne diese Einnahmen hätte die Messe Berlin große finanzielle Probleme. Viele der Beschäftigten sind oft Teil von Sub-Unternehmen, die die Dienste weitervermitteln.

Probleme und Vorwürfe von Belästigung

Die hygienischen Bedingungen und die allgemeine Sicherheit sind nicht die einzigen Probleme. Mehrere Frauen haben sich über sexuelle Belästigungen sowohl durch Sicherheitskräfte als auch durch andere Flüchtlinge beschwert. Omar berichtet sogar von einer Massenschlägerei zwischen Sicherheitsdienst und kurdischen Flüchtlingen. Einige Sicherheitsleute mit islamistischer Gesinnung hätten kurdische Bewohner als Ungläubige beschimpft, was zu Spannungen und Auseinandersetzungen führte. Bei einer anschließenden Razzia stellte sich heraus, dass ein Drittel der Sicherheitskräfte nicht über die notwendigen Papiere verfügte.

Auch die Krankenversorgung im Lager ist unzureichend. Berichten zufolge werden Medikamente selten verabreicht. Ein Ukrainer erzählte, dass seine Frau erst nach vier Tagen heftiger Schmerzen Tabletten bekam.

Ein weiteres Problem ist die mangelnde Integration der Bewohner. Etwa 900 schulpflichtige Kinder sind in einer Art Lagerschule untergebracht, was die Integration in die umliegenden Gemeinschaften erheblich erschwert. Viele Erwachsene warten monatelang auf Aufenthaltserlaubnisse, wodurch sie weder arbeiten noch an Deutschkursen teilnehmen können.

Einige Bewohner, wie der Ukrainer Ilya (25), sind mit den Bedingungen unzufrieden. Er berichtet, dass die Verwaltung ihm nicht erlaubt habe, in ein preiswerteres Hotel zu ziehen. Viele fühlen sich gezwungen, in Tegel zu bleiben, da die

Lagerverwaltung offensichtlich von den hohen Kosten profitiert. Ilya sagt: „Gib mir 100 Euro pro Tag und ich lebe in Berlin wie ein König.“ Das Essen sei ungenießbar und die Toiletten dreckig.

Weitere Halb-Milliarden-Ausgabe bis 2025 vorgesehen

Trotz der erheblichen Probleme scheint es keine kurzfristige Lösung zu geben. Auch für 2025 wurden bereits 500 Millionen Euro für das Lager bereitgestellt. Die Notunterkunft soll laut Angaben des Landesamts für Flüchtlingsangelegenheiten so schnell wie möglich abgebaut werden, doch bisher gibt es keine konkreten Pläne für eine Verbesserung der Situation.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de